

15.54

**Abgeordneter Bernhard Themessl** (FPÖ): Herr Präsident! Herr Vizekanzler! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ja, man wirft uns immer vor, EU-kritisch zu sein, speziell tun Sie seitens der ÖVP das. *(Ruf bei der ÖVP: Seid ihr auch!)* Und wie wir heute sehen, mit Recht. Herr Dr. Stummvoll und auch Kollege Auer haben ja betont, was wir alles von Amerika bekommen haben. Und wenn wir uns erinnern: Im Jahr 2001 hatten wir ähnliche Fälle; zwar nicht in diesem Ausmaß – Sie wissen das. *(Ruf bei der ÖVP: Amerika gehört nicht zur EU!)*

Ja, aber Sie wissen genau, dass die EU nichts daraus gelernt hat, weil wir uns bedingungslos an die Amerikaner anhängen und vor allem Sie als sogenannte Wirtschaftsexperten oder selbst ernannte Wirtschaftsexperten das immer wieder getan haben. Und die EU hat nichts daraus gelernt, sie hat es nicht geschafft, auf eigenen Beinen zu stehen und bei solchen Krisen auch entsprechend zu reagieren.

Herr Kollege Jakob Auer hat gesagt, Basel II haben uns auch die Amerikaner aufs Auge gedrückt, und dann auch noch zugegeben, dass sie sich selber überhaupt nicht daran gehalten haben und wir jetzt in der fatalen Situation sind, dass unsere Klein- und Mittelbetriebe kein Geld mehr bekommen, weil die Banken nicht mehr dazu bereit sind, auf Grund von Basel II auch Gelder herzugeben. Das ist der Punkt.

Der Herr Bundeskanzler und der Herr Vizekanzler haben heute sehr richtig gesagt: Wir beschließen heute hier dieses Paket, um Vertrauen in den Bankenplatz Österreich wieder zurückzugewinnen beziehungsweise zu erhalten und natürlich auch die Sparer, die vielen Sparer dementsprechend zu beruhigen und ihnen zu zeigen, dass natürlich die Republik Österreich und diese Bundesregierung dahinterstehen werden, dass die Sicherheit auch gegeben ist.

Aber was sie nicht dazusagen, ist, dass es viele, viele Tausend in diesem Land gibt, die eigentlich froh sein müssen, dass sie mit ihrem Lohn überhaupt über die Runden kommen. Das heißt, wir haben Tausende von Arbeitern und Angestellten in diesem Land, ja überhaupt jede Menge von Österreicherinnen und Österreichern, die gar nicht die Möglichkeit haben, sich ein Sparguthaben zuzulegen. Denen wird überhaupt nicht geholfen.

Und was Sie heute wohl angekündigt haben, aber was in keiner der Wortmeldungen der vielen Abgeordneten hier zutage getreten ist, ist, dass wir natürlich ein Wirtschaftsproblem auf uns zukommen sehen. Wissen Sie, in dieser Finanzkrise, in der wir heute hier ein Paket beschließen, da sind wir zum Reagieren gezwungen, weil uns

die in voller Wucht getroffen hat. Die Wirtschaftskrise ist im Anrollen und in Teilbereichen auch in Österreich schon erkennbar.

Wenn Sie heute wissen, dass die deutsche Autoindustrie die Produktion bereits drastisch zurückfährt und viele österreichische Betriebe davon betroffen sind, dann könnten Sie hier jetzt noch agieren. Aber ich habe nichts von Ihnen darüber gehört, dass gleichzeitig mit diesem Bankenpaket, nämlich mit sofortiger Wirkung, eine Steuerentlastung in Angriff zu nehmen ist und natürlich auch die Klein- und Mittelbetriebe dementsprechend zu stärken sind. Dann könnten Sie gegensteuern.  
*(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Vizekanzler, Sie haben in den letzten zwei Jahren Hochkonjunktur gehabt, Sie waren aber nicht in der Lage, ein Nulldefizit herzubringen, und Sie waren auch nicht in der Lage, eine Steuerreform entsprechend vorzuziehen. Jetzt wird zwar von einer Vorziehung der Steuerreform gesprochen, aber dies bleibt weiter in Schwebelage. Ich habe hier keinen Antrag gehört, wann das sein soll und wie Sie agieren wollen, um die Wirtschaftskrise abzufedern, um den Leuten und den Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeit zu geben, auch zu überleben.

Wenn Sie in den letzten Tagen Meldungen gehört haben, dass Großbetriebe in Österreich Hunderte von Mitarbeitern auf Kurzarbeit stellen, dann ist das für diese Mitarbeiter ein sehr tragischer Fall, weil sie eine Einkommenseinbuße in Kauf nehmen müssen. Aber sie haben zumindest die Gewähr, dass sie vielleicht in zwei, drei Monaten wieder in der Lage sein werden, ihrer Beschäftigung voll nachzugehen.

Was Sie aber nie dazusagen, ist, dass viele Großfirmen in Österreich natürlich von Tausenden von Zulieferbetrieben beliefert werden, die den KMUs zuzurechnen sind. Das sind Klein- und Mittelbetriebe, die heute kurzfristig Lieferaufträge verlieren, die es sich aber nicht leisten können, von zehn Mitarbeitern fünf auf Kurzarbeit zu stellen, sondern diese sind gezwungen, sich von Mitarbeitern zu trennen. Und Sie werden sehen, wenn Sie hier nicht sofort agieren, dann wird im nächsten halben Jahr eine Arbeitslosenwelle auf uns zukommen, die sich gewaschen hat. Und davor warne ich Sie. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da ich ja weiß, wie die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren gearbeitet hat, und nicht davon auszugehen ist, dass sich das in nächster Zukunft ändern wird, bringen wir einen Entschließungsantrag ein, wo Sie zeigen können, dass Sie so schnell wie möglich hier agieren und vielleicht mithelfen wollen, diese Wirtschaftskrise abzufedern.

Ich bringe folgenden Antrag ein:

### Entschließungsantrag

der Abgeordneten Themessl, Gradauer, Zanger und weiterer Abgeordneter

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich eine Regierungsvorlage vorzulegen, die folgende Punkte beinhaltet:

eine Entlastung der Familien durch Einführung eines Familiensteuersplitting-Modells, die Beseitigung der kalten Progression durch eine regelmäßige Valorisierung der Tarifstufen,

die Senkung der Steuersätze, insbesondere die Senkung des Eingangssteuersatzes von 38,33% auf höchstens 25 %,

die Erhöhung der Tarifstufe ab welcher der Spitzensteuersatz einsetzt, von derzeit 51.000 Euro auf 80.000 Euro.“

\*\*\*\*\*

*(Beifall bei der FPÖ.)*

Zeigen Sie Mut, meine Damen und Herren! Sie können hier gegensteuern. Ein Bankenmaßnahmenpaket und ein Bankenrettungspaket allein sind zu wenig, um die bevorstehende Krise auch in Zukunft zu bewältigen. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

15.59

**Präsident Dr. Michael Spindelegger:** Der von Herrn Abgeordnetem Themessl eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

*Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:*

### Entschließungsantrag

*der Abgeordneten Themessl, Gradauer, Zanger und weiterer Abgeordneter betreffend aufgrund der Finanzkrise zwingend notwendig gewordene Entlastung der Bürger*

*eingebraucht im Zuge der Debatte über die Regierungsvorlage (682 d.B.):*

*Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz zur Stärkung des Interbankmarktes (Interbankmarktstärkungsgesetz – IBSG) und ein Bundesgesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilitätsgesetz – FinStaG) erlassen sowie das ÖIAG-Gesetz 2000, das Bankwesengesetz, das Börsegesetz, das*

*Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz sowie das Bundesfinanzgesetz 2008 geändert werden, in der 73. Sitzung des Nationalrates am 20. Oktober 2008*

*Die Wirtschaftsforscher senken die Wachstumsprognose, einzelne Bereiche der heimischen Wirtschaft, wie Magna Styer und BMW fahren bereits ihre Produktion zurück bzw. legen sogenannte Rationalisierungsprogramme auf. Die bisher vergleichsweise stabile österreichische Wirtschaft gerät in das Fahrwasser der internationalen Finanzmarktkrise. Die Wirtschaftsforschungsinstitute sehen für das Jahr 2009 nur noch ein Wirtschaftswachstum von 0,2%. In der Bundesrepublik gehen die Institute in ihren Prognosen für das kommende Jahr sogar von einer Schrumpfung der deutschen Volkswirtschaft um 0,8% aus.*

*International hat die Finanzmarktkrise zu Einbrüchen im Wachstum der Weltwirtschaft geführt. Ebenso befinden sich unsere europäischen Nachbarländer im Konjunkturabschwung. Speziell die Bundesrepublik Deutschland wird als Exportnation besonders stark getroffen werden, so dass der Konjunkturmotor in Europa ins Stottern gerät. Die Binnennachfrage in Österreich hat angesichts der Nichtentlastung der Bürger durch die SPÖ-ÖVP Regierung in den letzten zwei Jahren, der hohen Inflation, exorbitant steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise, die notwendige Rolle des Konjunkturmotors nicht übernehmen können. Die Unsicherheit in der Bevölkerung wird auch in absehbarer Zeit den Konsum nicht ankurbeln. So hätte sich der Finanzminister als auch der Wirtschaftsminister seit Monaten dafür einsetzen müssen, dass der Mittelstand entsprechend mit Krediten versorgt wird. Wie zum Beispiel durch eine Ausweitung der Finanzierungsgarantie (Ausfallhaftung) der AWS. Ebenso sind die möglichen Absprachen im Lebensmittelhandel zu durchleuchten und abzustellen. Doch unsere Bundesregierung ist dazu nicht im Stande.*

*Die Budgetpolitik der Bundesregierung hat es verabsäumt in den Wirtschaftsboomjahren 2006 und 2007 einen Haushaltsüberschuss zu erzielen. Jetzt bekommt Österreich die Rechnung präsentiert, weil SPÖ-ÖVP-Regierung den Aufschwung der letzten Jahre nicht für eine strukturelle Konsolidierung des Haushalts genutzt hat.*

*Ein Bankenrettungspaket in Höhe von rund 100 Mrd. Euro halten wir auf Grund der gegebenen Umstände im Grundsatz für richtig. Neben einer Umstrukturierung der Bankenaufsicht brauchen wir eine Begrenzung der Managementgehälter, verbindlich insbesondere für die Unternehmen, die nun staatliche Hilfe erhalten. Es kann nicht sein, dass Manager, die mit Milliardenzockereien das Finanzsystem mit in die Knie gezwungen haben, mit goldenen Handschlägen verabschiedet werden.*

*Aufgrund von Wertberichtigungen und zunehmender Liquiditätsproblemen bei den Banken haben die heimischen Unternehmen Schwierigkeiten bei der Kreditvergabe. Der Beteiligungskapitalmarkt ist in Österreich aufgrund der mangelnden rechtlichen Regelungen aufgrund der Untätigkeit der Bundesregierung nach wie vor, insbesondere im internationalen Vergleich, stark unterentwickelt. Die FPÖ fordert seit langem die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital und privates Beteiligungskapital.*

*Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden*

#### *Entschließungsantrag*

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

*„Der Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich eine Regierungsvorlage vorzulegen, die folgende Punkte beinhaltet:*

*eine Entlastung der Familien durch Einführung eines Familiensteuersplitting-Modells, die Beseitigung der kalten Progression durch eine regelmäßige Valorisierung der Tarifstufen,*

*die Senkung der Steuersätze, insbesondere die Senkung des Eingangssteuersatzes von 38,33% auf höchstens 25%,*

*die Erhöhung der Tarifstufe ab welcher der Spitzensteuersatz einsetzt, von derzeit 51.000 Euro auf 80.000 Euro.“*

\*\*\*\*\*

**Präsident Dr. Michael Spindelegger:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Scheibner. Maximale Redezeit 6 Minuten. – Bitte, Sie sind am Wort. (Abg. **Riepl:** Der Scheibner sagt jetzt was Neues!)